



Pressemitteilung

Eckhardt Rehberg

Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied des Haushaltsausschusses
Vorsitzender der Landesgruppe
Mecklenburg-Vorpommern

Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

☎ (030) 227 - 75613

📠 (030) 227 - 76570

✉ eckhardt.rehberg@bundestag.de

🌐 www.eckhardt-rehberg.de

Schwerin/Berlin, 09. Oktober 2014

Rehberg: Finanzministerin Polzin reicht Bundesmittel nicht an Kommunen weiter – Land muss sich Zweckbindungsgesetz geben

Der Bundestagsabgeordnete und Mitglied des Haushaltsausschusses im Deutschen Bundestag, Eckhardt Rehberg (CDU), kritisiert das Verhalten des Landes Mecklenburg-Vorpommern bei der Verwendung der sogenannten Entflechtungsmittel:

„Die Bundesländer erhalten vom Bund sogenannte Entflechtungsmittel als Ergebnis der damaligen Föderalismusreform. Demnach wurden Bund-Länder-Mischfinanzierungen, etwa für die kommunale Verkehrsinfrastruktur aufgehoben. Als finanziellen Ersatz erklärte sich der Bund bereit, den Ländern bzw. den Kommunen Entflechtungsmittel zur Verfügung zu stellen. Diese Mittel waren bis Ende 2013 für den Hochschul- und Wohnungsbau sowie den kommunalen Straßenbau und den ÖPNV zweckgebunden vorgesehen. Seit 2014 ist die Zweckbindung aufgehoben, der Finanzausschuss in gleicher Höhe aber aufrechterhalten worden. Ein Großteil der Bundesländer hat sich freiwillig dazu verpflichtet, diese Zweckbindung ebenfalls beizubehalten, um vor allem gegenüber den Kommunen Vertrauen zu schaffen, dass diese Mittel auch bei ihnen ankommen.

In Mecklenburg-Vorpommern passiert das Gegenteil: Die Gelder versickern in einem undurchsichtigen Doppelhaushalt. Alleine für den Öffentlichen Personennahverkehr und den kommunalen Straßenbau stehen dem Land aus den Entflechtungsmitteln des Bundes 35 Millionen Euro jährlich zur Verfügung. Das Land veranschlagt in seinem Haushalt aber nur knapp über 20 Millionen Euro hierfür. Auch der soziale Wohnungsbau ist dem Land jährlich lediglich 11,2 (2014) bzw. 11,4 Millionen (2015) Euro wert, obwohl der Bund hier jährlich 21,3 Millionen Euro zur Verfügung stellt.



Pressemitteilung

Eckhardt Rehberg

Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied des Haushaltsausschusses
Vorsitzender der Landesgruppe
Mecklenburg-Vorpommern

Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

☎ (030) 227 - 75613

📠 (030) 227 - 76570

✉ eckhardt.rehberg@bundestag.de

🌐 www.eckhardt-rehberg.de

Dieses Finanzgebaren geht eindeutig zulasten der Kommunen und letztlich zahlen die Bürger die Zeche, indem die Preise für den ÖPNV erhöht und die Forderungen nach sozialem Wohnraum immer lauter werden. Ich halte diese Vorgehensweise für inakzeptabel und fordere, dass die Kommunen das Geld bekommen, was ihnen auch zusteht.

Zwischen dem Bund und den Ländern gab es die klare politische Absprache, die Zweckbindung aufrecht zu erhalten, um den Hochschul- und Wohnungsbau sowie den kommunalen Straßenbau und den ÖPNV in gleicher Höhe auch zukünftig unterstützen zu können. Mecklenburg-Vorpommern ist eines der wenigen Länder, die eine Selbstverpflichtung ablehnen, um offenkundig nach eigenem Ermessen das Geld auszugeben. Wo es letztlich bleibt, ist kaum nachvollziehbar.

Wenn dem Land etwas an der finanziellen Ausstattung ihrer Kommunen liegt, gibt es nur eine Lösung: In einem Landesgesetz muss sich Mecklenburg-Vorpommern verpflichten, die Entflechtungsmittel, die im Übrigen bis einschließlich 2020 in gleicher Höhe fließen, zweckgebunden auszugeben, so wie es bis 2013 geltende Praxis war“, fordert Eckhardt Rehberg abschließend.